

General Anzeiger

Spezialreiter: Junus Gudt. Verantwörtlich für Politik und Wirtschaft.
Julius Gudt: für Dertigung und Handel. Adolf Schönbayr: für
Provinzialen und den übrigen Teil. Max Fegler: für Reichsbeamten.
Hubert Fock: für den Unseigenteil. W. Thoenes: Sprechmann des
und General Anseiger. Hauptredaktion: Dr. G. Thoenes.
Für unvorläufige Einwendungen übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortlichkeit.
Für Rücksendungen erfolgt nur, wenn Willkür bezeugt.
Redaktion: Geschäftsstelle: 1111, Straße 8.
Fernspre: Anstöße 47 und 48. Postfach: 1111, Straße 8.
Verlag: 1111, Straße 8.

Der Widerhall in der französischen Presse.

Paris, 16. Januar.

Das „Petit Journal“ scheint ähnliche Bedenken zu haben, denn es macht dem Amerikaner seinen großen Aufwand an Worten zum Vorwurf und stellt ihm die Rede Barthous gegenüber, der gesagt habe, man wolle rasch zum Ziele kommen. Hier spreche wieder einmal jemand von einem Ziel, ohne sich darüber klar zu werden, durch welche Mittel man bis dahin gelangen könne. Ebenso wird die „Deure“ nachdrücklich Deutschland helfen, sich selbst zu heilen, das nenne der Amerikaner die grundlegende Bedingung dafür, daß es bezahlen könne. Man könne unmöglich die Aufgabe besser stellen; aber werde man sie lösen können, ohne die Sünde der Raufen, die Deutschland auferlegt werden sollen, zu bestimmen, ohne die Politik anzuwenden, die befolgt werden solle? Die Zukunft werde hierüber Aufklärung verschaffen.

Paris, 16. Januar.

Der Sachverständigen - Ausschuss tritt heute unter dem Vorsitz von Dawes zusammen. Es ist anzunehmen, daß der Sachverständigen-Ausschuss bis zum Eintreffen des Reichsbankdirektors und Währungskommissars Dr. Schacht in seinen Arbeiten nicht wesentlich forschreiten wird. Einzelne Fragen, zu denen eine Stellungnahme des Reichsbankpräsidenten gewünscht wird, sind bisher vom Sachverständigenausschuss der Reparationskommission nicht gestellt worden. Die Regierung ist von den Beschlipfen des Sachverständigenausschusses durch die Reparationskommission direkt verständigt worden. Es ist jedoch nicht bekannt, über welche besonderen Fragen Dr. Schacht Auskunft geben soll. Der Reichsbankpräsident wird auf alle Fälle einer Aufforderung, nach Paris zu kommen, Folge leisten.

Paris, 16. Januar.

Nach dem „Petit Parisien“ wird der Sachverständigenausschuß der Reparationskommission die beabsichtigte Reise nach Berlin nicht so bald antreten, wie ursprünglich angenommen wurde. Der Ausschuß legt Wert darauf, die vorbereitenden Arbeiten vor seiner Reise erst vollkommen durchzuführen.

Berlin, 16. Januar.

In der Zeit vom 1. bis 10. Januar 1924 betragen, wie aus der Uebersicht über die Gelbbewegung bei der Reichsbankkassette in dieser Zeit zu ersehen ist, die Einzahlungen 99,9, die Auszahlungen 63,9 Trillionen Papiermark. Durch das Zusammenwirken erhöhter Einnahmen und geringerer Ausgaben ergibt sich ein Ueberschuß von 36 Trillionen Papiermark, wodurch sich der Zahlungsbefehl seit 15. November 1923 von rund 627 auf rund 591 Trillionen Papiermark verringert.

Köln, 16. Januar.

Auf Grund eines Aufrufs des Kardinals Schulte hat die katholische „Internationale Union für Kinderhilfe“ ihre Kinderhilfsaktion auch auf Deutschland ausgedehnt. An dieser Aktion beteiligt sich auch das französische Comité für Kinderhilfe. Das Comité, dem Frau Duboff, die Gemahlin des früheren französischen Senatspräsidenten, vorsteht, und zu dessen Ehrenmitgliedern Frau Präsident Millevand, Frau Präsident Deschanel, Kardinal-Erzbischof Dubois von Paris, Léon Bourgeois und andere gehören, hat als ersten Beitrag an die Union 5000 Franken mit der besonderen Bestimmung, „für die deutschen Kinder“ eingesandt.

Adressdebatte im englischen Unterhause.

London, 16. Januar.

Die Aussicht eines Staatswechsels in England habe auf die meisten Staatsmänner der europäischen Mächte mehr Einfluß ausgeübt, als 12 Monate Wirken der gegenwärtigen Regierung. Die gegenwärtige Regierung verdiene nicht das Vertrauen, das von den Ministern des gegenwärtigen Kabinetts in der letzten britischen Reichstagskonferenz abgegebene Versprechen, das gewisse Materien dem Parlament unterbreitet werden sollten, werde erfüllt werden, gleichviel welche und was für eine Regierung es sein werde, und es folge dann dem englischen Parlament freistehen, die Beschlüsse der Reichstagskonferenz zu billigen oder zu verwerfen. Die letzten Wahlen aber hätten das Parlament in eine ganz besondere Stellung gebracht. Keine Partei habe eine eigene Majorität und die Regierung sei mit einer großen Mehrheit aus dem Wahlkampf zurückgekehrt. Dieses Parlament sollte sich in einer Lage, wie früher noch kein anderes. Was sich aber auch noch ereignen könne, jede Regierung, die jetzt die Geschäfte in ihrer Hand behalte, müsse unbedingt faires Spiel treiben. Die politische Lage Englands habe sich in Europa bedenklich verschlechtert. Die von der Regierung betriebene Politik müsse unverzüglich aufgegeben werden. Wenn England den festen Entschluß fasse, dem Chaos in Europa ein Ende zu machen, so werde auch in Deutschland eine Veränderung der politischen Lage eintreten. Er verdaute die gegenwärtige politische Lage Deutschlands mit der von 1914. Wenn wir uns 12 Monate im Geiste zurückversetzen, so sehen wir fest, daß das englische Kabinett mit der französischen Politik an der Ruhr einberedenken versagt hat, bzw. sie beschränkte sich auf platonischen Widerstand. Ein Solches der Augenblick komme, die englische Politik zu ändern, wären beim Vorhandensein des festen Entschlusses, sich die Schwierigkeiten schon überwunden, die England entgegenstehen, die es aber besitzenden habe, wenn es seine Autorität wiedergewinnen wolle. Die Regierung müsse nun jeden Preis in neue Wege in der Politik einschlagen, sie dürfe es nicht dulden, daß man sie überreife. Man bin überzeugt, daß keine Nation in Europa uns beiseite treten wird; wenn wir nachdrücklich den Willen bekunden, unseren Entschlüssen Geltung zu verschaffen.

Macdonalds macht weiter der Regierung den Vorwurf unschlüssiger Politik nach dem Januar 1923. Eine Regierung, die eine solch unsichere Politik betreibt, könne auf das Vertrauen des Landes keinen Anspruch machen.

Nach Macdonalds Sprachwahl sprach Georges, der Auskünfte verlangte über die Tanagerfrage, die Lage im Rheinland, die Abfallbewegung in der Rheinpfalz, deren Förderung den europäischen Frieden gefährde und erste Konflikte heraufbeschwören würde. Er wünscht, ferner Aufschluß über gewisse Umachungen der französischen Regierung mit deutschen Finanzleuten in Bezug auf die Kölner Gruben. — Sodann sprach Baldwin, von den Konferenzmitgliedern mit lebhaftem Beifall begrüßt. Er sagte u. a.: In einem Parlament, in welchem drei Parteien vertreten sind, von denen keine ohne die Unterstützung der beiden anderen eine Politik machen könnte, besteht das einzige Mittel zur Lösung der Probleme in einer Konferenz aller Parteien zum Zwecke einer offiziellen Verständigung über eine gemeinsame Basis. Zur Reparationsfrage übergehend, nannte Baldwin den Sachverständigen-Ausschuß den ersten wahren Versuch seit einem Jahre zur Erzielung eines Ergebnisses. Es sei möglich, daß jetzt Frankreich zu der Erkenntnis komme, daß die Reparationsfrage unver-

Berlin, 16. Januar.

Ueber die Verhaftung im Kaffee-Posth in der An-
gelegenheit des Anschlags gegen General von Seckf
wird dem „B. Z.“ noch mitgeteilt:

Die Ueberführung gegen den gestern verhafteten früheren Oberleutnant Thormann ist zwar noch nicht abgeschlossen, doch ist schon jetzt zu sagen, daß der Aufschlag von Laun ehestens vor der Reihe ist war. Vor einigen Tagen kam Thormann nach Berlin und stieg in der Nähe des Invaliden nach Berlin vom Hotel ab. Im nächsten Tage begab er sich in das Büro der deutschvölkischen Freischißerei, wo er jedoch keinen der drei Angeordneten antraf. Er verlangte dann die Adresse eines Herrn D., den er von früher her zu kennen anah. Dieser Herr D. ist ebenfalls in der deutschvölkischen Freischißerei tätig. Thormann erhielt die Adresse und begab sich zu dem Herrn D., der ihm mitteilte, er sei mit der Absicht nach Berlin gekommen, den Oberbefehlshaber von Seck zu erledigen. Als Grund für diesen Plan gab Thormann an, daß nach der Ermordung selbst ein neuer Vorst kommen müsse, der Erbarch nicht werde. Bemerkenswerthe wies wollte Thormann nicht selbst die Waffe gegen Seck richten, sondern, wie er sich ausdrückte, im Hintergrund bleiben. Er hat, einen geeigneten Mann zu nennen, der den Aufschlag ausführen solle. Die Sache müsse aber innerhalb zweier Tage erledigt sein. D. ging zum Schein auf den Plan ein und versprach, diesen geeigneten Mann zu stellen. Er verabschiedete sich mit Thormann für Sonntag vormittag in seiner eigenen Wohnung in Moabit. Amittels nach dieser Unterredung begab sich D. ins Reichskammerlasterium des Innern zum Reichskommissar für öffentliche Sicherheit, Dietrich Künze, und teilte diesem den

gütlich zu einer Lösung gebracht werden müsse. Zum Studium der Dinge in der Rheinpfalz sei jetzt ein offizieller englischer Vertreter in die Pfalz entsendet, von ihm werde man ausführliche Berichte für das auswärtige Amt erhalten. Zum Schluß erklärte Baldwin dem Beifall der Konservativen, wenn die Opposition der Regierung den Fehdehandschuh hinwerfe, so werde die Regierung ihn sofort aufnehmen. Es tritt Vertagung der Debatte ein. — Lord Curzon erwiderte, es sei richtig, daß die internationale Lage außerordentlich bewölkt sei. Die Regierung habe den Einbruch, daß der einzige Schlüssel für eine Lösung in der Aufrechterhaltung der Entente liege. In den letzten Jahren habe sie unermüdbliche Anstrengungen in dieser Richtung unternommen. Curzon tritt für volle Offenheit bei der Politik der Regierung ein und erklärte, je mehr davon bekannt sei, desto mehr werde bekannt werden, wie konstant diese Politik gewesen sei und wie wenig sie die Verschuldung der Unentslossenheit und Unfähigkeit verdiene, die in so unfairer Weise gegen sie erhoben werde.

London, 16. Januar.

Im Oberhaus ergriff in der Debatte über die Thronrede als Verteidiger der Liberalen Lord Gren das Wort:

Obwohl die Repräsentationskommission nunmehr zwei Sachverständigen-Ausschüsse zur Untersuchung der politischen Lage Deutschlands eingesetzt habe, so ist es durchaus nicht unmöglich, daß auch die Lage in Europa, Europa wandere immer noch auf den alten Wegen, die es schon vor dem Weltkriege eingeschritten habe, und wenn es auf diesem Wege fortfahren werde, gerathe es in immer ernstere Zustände. Die europäischen Nationen können den neuen Weg einschlagen, wenn sie zu endlicher Sicherheit gelangt sind und das Völkerverbündnis abnehmen unterziehen, d. h. daß ihre bewaffnete Macht nur noch unter der Leitung des Völkerverbündnis eingesetzt werden kann. Was die außenpolitischen Angelegenheiten anangeht, so ist es angeht das Dreiparteien-System, das sich bewährt, daß der künftige Außenminister die Fühler der beiden anderen Parteien bei sich empfangen und die Grundlagen seiner Politik erklären würde, um zu sehen, daß die allgemeine Unterfertigung der Fächer hinter sich habe. Ein ständiges Aufeinanderarbeiten zwischen den Liberalen und der Arbeiter-Partei stehe an und für sich nicht bevor.

Grey sagte hinzu, daß er der kommenden Arbeiterpartei ohne Vorbehalten entgegenstehe. Mit Bezug auf die Außenpolitik seien die Ziele der Liberalen die gleichen wie die der Arbeiterpartei. — Lord Curzon erwiderte, es sei wahr, daß schwere Wolken über der internationalen Lage stünden. Die Regierung sei der Ansicht, daß der einzige Schlüssel zur Lösung in der Aufrichterhaltung der Entente liege. In den letzten Tagen habe die englische Regierung wachsende Bemühungen in dieser Richtung unternommen. — Er sei für die vollste Offenlichkeit der Regierungspolitik, denn je öffentlicher sie vorgehe, desto weniger sei der Vorwurf der Unentschiedenheit und Dummheit begründet.

London, 16. Januar.

Man erfährt, daß die extremen Sozialisten der Labour Party, die unter dem Namen „Abteilung der Elche“ bekannt sind, einen von dem Amendement der Labour Party völlig abweichenden Antrag eingebracht haben. Die Abstimmung über die verschiedenen Anträge werde sicher nicht vor Montag erfolgen, da noch zahlreiche Abgeordnete der Liberalen sowohl wie der Labour Party heute oder morgen im Unterhause sprechen werden. — Der „Daily Mail“ zufolge beabsichtigen hervorragende Mitglieder der Konservativen Partei, schon in den nächsten Tagen eine große antisozialistische Massentagung in London zu veranstalten.

Mordplan mit. Oberst Rüniger bat Herrn D., zum Schein auf den Plan des Thormann einzugehen. Nunmehr erfolgte am Sonntag die zweite Zusammenkunft zwischen Thormann und Herrn D. in der Wohnung des letzteren. Herr D. stellte Herrn Thormann als den Mann, der die Ermordung des Generals von Seidl durchzuführen bereit sei, einen Herrn C., einen früheren Offizier, vor. Mit diesem wurde dann der Plan des Mordes verabredet. Es sollte die Tat im Tattersaal in der Bendlerstraße erfolgen, wo General von Seidl jeden Morgen, bevor er sich zum Dienst begibt, zu reiten pflegt. Thormann beauftragte nun C., sich eine Karte im Büro des Tattersaals am Montag vormittag zu lassen und dann dort ebenfalls zu reiten. Dann sollte C. an dem General, wenn er auf der Reitbahn erschienen, dicht vorbeitreten und in unmittelbarer Nähe aus dem General schießen. Die Einzelheiten des Planes wurden sofort insofern dem Dersammislar für die öffentliche Sicherheit mitgeteilt, der nunmehr alle Verhörsmaßregeln traf. Am Thormann ganz in Sicherheit zu wissen, wurde C. für die Begegnung am Montag einhundertlosküstert. Er erhielt einen Reitknaag, eine Karte für den Tattersaal und einen Revolver. Thormann war der festen Ueberzeugung, daß alles in bester Ordnung sei, und begab sich, wie vorher verabredet, am Montag gegen 11 Uhr in das Rasseo. Er sah, wie zunächst Herrn D. traf. Punkt 11 Uhr erschien jedoch nicht der Attentäter, sondern Kriminalbeamte, die Thormann und zum Schein auch D. verhafteten.

Der letztere wurde nachher sofort wieder freigelassen, während Thormann in Untersuchungshaft genommen wurde. Die Untersuchung erstreckt sich vor allem auf die Hintermänner des Thormann.

Von
Sergei. Breslau.

Durch Notverordnung ist in Preußen eine Grundsteuer ab 1. November 1923 eingeführt worden. Im Parlament hatten sich Schwierigkeiten für sie ergeben. Starker Widerspruch macht sich bei den Betroffenen geltend, zumal diese schon am 1. August 1923 vom Reich mit der Landabgabe bedacht worden sind. Selbst die Regierung scheint die Härten der Verordnung zu fühlen und Bedenken über ihre Durchführbarkeit zu empfinden. Freilich ist zweifelhaft, ob sie zu dem geforderten Abbau der Steuer greifen wird. Sollte das nicht gelingen, dann müssen mindestens Milderungen eingebracht werden, namentlich in der Form der Stundung. Auch die Sätze sind nachzusehen.

Die Vorläufer der Holzverordnung waren die rasende Geldentwertung, die Aufgabe des Widerstandes an der Ruhr, die Unruhen und Klinderungen im Späthommer 1923. Der Geldmangel in Preußen wurde unerträglich. Seit dem Finanzausgleichsgesetz kamen die Gelder zu 75 v. H. vom Reiche her. Dessen Geldnot wurde somit die von Preußen. Leider ist nichts, aber nichts Durchgreifendes geschehen, um die eingehenden Steuern vor der Geldentwertung zu schützen. Die Finanzämter konnten die Beträge nicht gleich abführen. Es vergingen kostbare acht Wochen. Den Steuerzahlern wie dem Volksvermögen gereichte der Verzug zum schwersten Nachteil. So k. B. bei der Brotabgabe. Dabei wurde ein schweres Opfer aus der Substanz umsonst gebracht, da die Verbilligung des Brotes nicht, wie beabsichtigt war, damit herbeigeführt wurde.

Schließlich überwogen die Ausgaben eines einzigen Tages in Preußen die Ueberweisungen vom Reiche und die anderen Eingänge von Monaten um ein Vielfaches. Man sann auf Abhilfe. Die Notenpresse als bequemes Ausfallsmittel mußte ausschließen. Es hieß nun neue Einnahmen schaffen und die Ausgaben zu mildern. Als ein Hilfsmittel erliefen der Beamtenabbau, der eben in Oberhessen zu höchstem Protest der Flüchtlingslehrer geführt hat. Man ordnete die Holzverkäufe in den Staatsforsten gegen Gold an, aber erst im November. Jetzt sind die Holzkäufler kaum in der Lage, die hohen Beträge in Gold zu zahlen, da die Waggonfabriken ihnen nichts mehr abnehmen. Die Gewerbesteuer war für Preußen nicht mehr gangbar, weil sie den Gemeinden überlassen ist. Es blieb also nur die letzte der den Ländern überwälzten Steuern übrig, die vom Grundvermögen, an welche das Reich unter Misachtung der Zuständigkeit bereits dand eufest hatte.

Die Grundsteuer soll 330 Goldmillionen bringen, die Drittel soll von der Landwirtschaft kommen. Die beiden anderen von der Industrie, Mieten, Wäppläzen usw. Weber von der Grundsumme noch von den Teilen glaubt der Staat abgeben zu können. Vielleicht fühlt er sich dem Auslande gegenüber selbstgelegt. Nun mag die Steuer gewiß ein erheblicher Belastungsfaktor unserer Wirtschaft nach dieser Richtung sein. Man muß das Bild aber auch von der Seite der Belasteten aus betrachten. Da erscheint es nun bitter.

Die allgemeine Grundsteuer von 1861 kann man nicht zum Vergleich heranziehen. Sie kam nach 50 Friedensjahren. Heute stehen wir nach 10 Jahren Krieg, Umlösung und Wirtschaftsnot... Damals war die Substanz nicht angetastet. Heute ist sie schwer geschädigt. Preisenfällen mindern die Erträge der Landwirtschaft. In Friesland brachten Kühe nicht mehr als 250 Goldmark, unter 5 Goldmark steht der Acker. Mehr Obst, mehr Vieh, mehr...

Dazu kommt, daß der Landwirt herte wohl noch weniger als andere Steuerzahler seine Gesamtbelastung kennt. Alle Augenblicke kommt eine neue Steuerordnung. Wir sind vielfach schon mitten in extensiver Wirtschaft. Sie gefährdet die Volksernährung aufs höchste. Schon steht die Frage so: Sohe Steuern oder mehr Produktion? Das Volk hat das höchste Interesse an der letzteren. Der Staat ist bei alledem wegen da, nicht umgekehrt. Steuern dürfen die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft nicht nur nicht überhappen, es muß sogar auf ihre Förderung geachtet werden, sonst bleiben Steuern kein Mittel zur Unfreierhaltung von Land und Volk.

Von größter Erheblichkeit für die Tragbarkeit der Grundsteuer wird sein, ob und in welchem Umfange eine Aufwertung von Hypotheken und Realobligationen erfolgt. Im Augenblick, da diese Zeilen geschrieben werden, ist die dritte Steuerordnung noch nicht da, die diese Frage entscheiden wird.

Neben der Belastung von seiten des Staates ist bei der Grundsteuer noch zu bedenken, daß die Kommunen bis zu 200 Prozent Zuschlag fordern können. Sie werden in ihrer eigenen Not damit sicher, möglichst weit gehen. Was bleibt ihnen denn heute sonst übrig bei der furchtbaren Geldknappheit des Reiches? Dazu kommen Einkommen-, Umsatzsteuer, Rhein-Ruhrabgabe. Ein Landwirt, der nebenbei einen kaufmännischen Betrieb hat, muß jeden fünften Tag Steuern zahlen.

Schlimm sind die sogenannten Steuerüberfälle, d. h. die unvorhergesehene Belastung mit drückenden und vor allem unbilliglichen Steuern, in denen sich die Finanzbeamten selbst nicht halb zurecht finden. Wieviel Ärger und Zeitverlust ist schon durch sie entstanden! Bei der Grundsteuer wird das nicht anders sein.

Natürlich ist auch sie auf Gold gestellt. Man glaubt den Boden nach dem Jahre 1917 erschöpfen zu sollen. Aber damals hatte er doch nicht mehr seinen alten Goldwert. 1861 war solcher gewiß vorhanden.

Der Kleinbäuer hat vielfach übertriebene Forderungen für Grundstücke bezahlt. In Obersachsen kamen früher Bauernhöfe vielfach bei der Industrie unter. Ihr Verlust wird durch das Gensler-Diktat in Obersachsen, die starke Arbeitslosigkeit in Westobersachsen, anders das Bild vollständig. Gerechte und gleichmäßige Verteilung der Steuern ist unbedingt für den mittleren und kleineren Bäuer zu fordern. Dem wird die Bodenverbesserung nicht gerecht, worüber viel gesagt wird.

= Verthe, 18. Jan. Wegen dringenden Verdr des Diebstahls von Cement wurde der Arbeiter Audi B. festgenommen. Hierbei wurde der Arbeiter Mick L., der wegen Diebstahls stechbrieflich verfolgt wird, mittel. Der Verhaftung entzog er sich durch Spr aus einem Fenster des 2. Stockwerkes. — Der werkslose Arbeiter Krana S. hat den Jagzbogen ei

Staubige Zustände im Flüchtlingslager auf der
Mennbahn in Münster kamen in der ersten diesjährige
Stadterordnungsbasis in Münster zur Sprache. So
dem 1. Januar ist die Mairie des Meides für das
Lager eingestellt. Ein Mitglied des Stadtparlaments
wies auf den schlechten Gesundheitszustand, besonders
der Kinder, hin. Der Wind blies durch die Bretter
zwischen den Fenstern der Wohnräume.

zu Sa Bodum, 16. Jan. Der Schlosser Emil Richter von hier stand vor der Strafkammer unter der Anklage der Missethat und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt. Am Abend des 7. November wurde leitens der Polizei plötzlich der ganze Bahnhofspolizab abberufen. Unter den Einzelkräften befand sich auch Richter. Er rief in die Menge: „Auf zum Wilhelmplatz, wie gewöhnlich.“ Dieser Aufruf bezog sich auf die am 25. Oktober am Wilhelmplatz von einer armen Menge gegen die Polizei verübten Ausschreitungen. Das Gericht verurtheilte R. zu 4 Monaten Gefängnis. Die zweite Straftat betraf die Belagerung des Hauses des Gemeindevorrichters August Bahnenberg in Duerenburgera am 28. Mai v. J. In dem Tage bildete sich auf der Recke „Klosterberg“ eine Menge von 40 Personen und von denen das Haus des Bahnenberg. Dieser sollte mit seinen Söhnen aus dem Hause geholt werden, weil der Herr dem Selbstmord anhebt. Die Menge war mit einem Knüttel bewaffnet. Während der Missethat Gefangenenn mitgenommen werden sollte, wurde man den Sohn erhängen. Das Haus wurde umzingelt. Man schuß gegen die verlassene Säule und verlor. Einmal. Andere versuchten, durch den Keller ins Haus zu gelangen. Bahnenberg und sein Sohn waren nicht anwesend. Inzwischen rüsteten

In Rangenbreer, 15. Jan. Die Arbeiter Walter und Erich H. sowie die Ehefrau Aug. S. von hier klagten Polizeibeamten in der Ausübung ihres Amtes Widerstand, griffen auch die letzteren tätlich an. Das Gericht erlannte gegen Walter und Erich H. auf je drei Monate Gefängnis, gegen die Ehefrau S. auf 30 Goldmark Geldstrafe. — Der Bergmann Lorenz A. aus Werne, dessen Sohn in der Schule berechtigt bestraft worden war, begab sich während des Unterrichts zur Schule und beleidigte hier die Lehrerin. Der Aufforderung des hinzugegerufenen Lehrers Geh. S. die Schule zu verlassen, leistete er keine Folge, sondern stieß auch gegen diesen Beleidigungen aus und wurde tätlich. Er wurde zu insgesamt 55 Goldmark verurteilt. — Der Bergmann Otto Sch. aus Werne Ende Oktober 1923 ein Stück Säuerstoff, der an gemeinsam aus einer Plünderung stammte, an sich genommen. Er wurde mit 40 Goldmark bestraft. — Der Maurer Wilhelm B. von hier, der vom Felde des andurwits Grube Steckrüben entwendet hatte, wurde auf eine Strafe von 5 Goldmark genommen. — Der Schlachthauer Hermann M. aus Werne wurde wegen Verletzung der Vergewaltigungsordnung mit 5 Goldmark bestraft. — Der Former Karl S. aus Witten und der Former Adolf S. aus Unnen sowie der Bergmann Rudolf S. aus Witten hatten den Maschinenführer Fr. R. auf dem Bechenplatze mit „Kapitalmacht“ bezeichnet. R. hatte wegen Beleidigung Strafantrag gestellt. Das Gericht war der Ansicht, daß der Ausdruck „Kapitalmacht“ eine Beleidigung nicht sei und kam zum Freispruch der Angeklagten.

In der Stadt Bodum beabsichtigt der Herr Finanz-
eueragent zur Erhöhung der städtischen Einnahmen eine
moderne Verdoppelung der Hundesteuer.
Offenbar weiß man nicht, daß viele Hundebesitzer
vielleicht verstehen müssen. An der Grenze des Stadtweiches
sind hundert von Einfamilienhäuser entstanden.
Polizeilichen Sicht genügen die Bewohner dieser Säu-
er hält gar nicht, obwohl sie die alte Einkommensteuer
zahlen wie die Einwohner des Stadtinneren. Da sind
sie nun gezwungen, sich selbst einen Wächter zu kaufen,
der die Diebe wehrt und verschluckt. Dafür, daß sie
sich nicht ohne weiteres bestehlen lassen, sollen sie nun
von der Stadt bestraft werden in Form einer uner-
schwinglichen Hundsteuer. Finanzlogik! Ich meine,
wenn man neue Steuern sucht, so sollte man doch einmal
offenen Auges durch die Straßen der Stadt gehen.
Hunderte von Luxus-Autos rasen dahin und heften mit
den Straßen zerschellen, die die Allgemeinheit wieder in
stand setzen helfen muß. Hier ist die Goldgrube! Wen-
dich doch ein Luxusauto leisten kann, der sollte min-
destens einen Monat auf einer Sondersteuer herange-
zogen werden, die dem Fahrpreis der Elektrischen für
die zurückgelegten Monatkilometer gleich
kommt. Oder scheut man sich, den Reicht in dieser Form
zu beheuern? Jedenfalls sollte man die Wachhunde für
Einfamilienhäuser steuerfrei lassen, sonst können die Be-
wohner der Siedlungen auch ständigen polizeilichen
Schutz verlangen. Tuum cuiusque!

Außenfallsbeschränkungen, Ausweisungen und Schutzmaßnahmen verlangt, die anlässlich der Vorgänge am 8. und 9. November 1923 verhängt wurden. Dabei richtet Dr. Roth heftige Angriffe gegen den bayerischen Generalstaatskommissar, der im Volksmunde bereits zum Generalstachelbrandkommissar geworden sei. Aus dem v. General Ludendorff gerichteten Briefen seien

Ein amtlicher Bericht des britischen Votschafters in Tokio meldet, daß das gesamte Personal der britischen Votschaft in Tokio sich in Sicherheit befindet, obwohl das Gebäude durch das Erdbeben großen Schaden erlitten hat.

